

Thema 3: Kulturlandschaftsentwicklung, Raumplanung und  
Ökosystemmanagement

**Soziale Gerechtigkeit in der Küstenzone: Szenarios zum Mangrovenmanagement in  
Pará (Nordbrasilien)**

Gesche Krause, Marion Glaser, Hellmuth Lange, Bremen

In der brasilianischen Bundesverfassung wird die soziale Funktion von Besitz besonders hervorgehoben (Art. 5). Diese Direktive ruft die brasilianischen Bundesstaaten dazu auf, ihre schutzbedürftigen Ökosysteme zu identifizieren und räumlich zu definieren. Im Bundesstaat Pará führte diese Maßnahme zu einem absoluten Nutzungs- und Siedlungsverbot in Mangrove-ökosystemen. Dieses gesetzliche Rahmenwerk reflektiert jedoch nicht die sozialen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Realitäten. Die Intentionen und Ergebnisse dieser Regulationen werden im Mangrovenküstenbereich des Bundesstaates Pará in Nordbrasilien in Bezug auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Effekte analysiert.

Mangrovenökosysteme stellen in vielerlei Hinsicht ein sehr wichtiges Element in tropischen Küstenräumen dar. Neben der sozialwirtschaftlichen Funktion als Grundnahrungsquelle, Holzlieferant und Lebensraum für eine Vielzahl von Arten agieren sie als wichtiges Pufferelement gegen die vorherrschende Küstendynamik. Die sozialen Nutzungsstrukturen hängen hierbei stark von dieser Küstendynamik ab, wie in einer Fallstudie in Nordbrasilien deutlich wird. Im Rahmen eines Strandprofil-monitoring-Programmes entlang einer Mangrovenhalbinsel wurden über einen Zeitraum von vier Jahren alle vierzehn Tage Datenreihen erhoben. In Kombination mit Luftbildern und Satellitendaten konnte festgestellt werden, dass sich ein Großteil der Küste unter Erosion befindet. Die räumlichen Unterschiede im Grad der Erosion führen jeweils zu unterschiedlicher Beeinflussung der sozialwirtschaftlichen Struktur der lokalen Bevölkerungen und damit zu differierenden Nutzungsmustern.

Die stetig wachsende Immigration aus dem Hinterland in diese Küstenzone generiert eine neo-traditionelle soziale Struktur. Diese Akteure sind mit 4 den ökologischen Dynamiken dieses Küstensystems nicht vertraut und nehmen aufgrund dessen durch dysfunktionale Siedlungsmuster und einhergehende Mangrovenabholzung negativen Einfluss auf die Küstendynamik. Ferner verursacht die unklare lokale Wahrnehmung des behördlichen Verbotes von permanenten Siedlungen die illegale Ansiedlung in den Mangrovengebieten. Die ganzjährige Abhängigkeit von schwankenden Erträgen aus dem Fischfang ist vorherrschend unter den ärmeren Siedlern. Nur eine kleine wirtschaftlich höhergestellte Gruppe kann ein alternatives Einkommen aus dem Küstentourismus erwirtschaften.

Die auf föderaler, bundesstaatlicher sowie auch auf Gemeindeebene stark unterschiedliche und schwach durchgesetzte Rechtslage in Landnutzung und Besiedlung, verstärkt die soziale

Differenzierung im Küstenraum. Sowohl ärmere als auch besser vernetzte reichere Bevölkerungsteile verstoßen gegen die derzeitigen Nutzungs- und Siedlungsverbote. Jedoch werden die ärmeren Bewohner marginalisiert und sind dem Risiko des Hausverlustes durch Küstenerosion, oder des Einkommensverlustes durch den versperrten Zugang zur Küste unmittelbar ausgesetzt. Im Gegensatz dazu können die reicheren Akteure ihren Status mit Hilfe von Korruption und Umsiedlungen erhalten. Die Realität des derzeitigen Landnutzungsrechts grenzt daher insbesondere ärmere ländliche Haushalte aus. Die Anwendung der Raumplanung verschärft somit die soziale Ungerechtigkeit und untergräbt die Nachhaltigkeit der Küstenregion.

Dieses Fallbeispiel zeigt auf, dass die sozial-ökonomische Struktur von Küstengemeinden die Verteilung des „Nutzens der Illegalität“ in einer Weise beeinflusst, welche die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklaffen lässt. In vier Szenarios wird abschließend diskutiert, welche Art der Gesetzgebung soziale Gerechtigkeit im Kontext von nachhaltigem Küstenmanagement fördern würde.